

Washington News

Nr. 17 vom 2. Mai 2019

- **Diese Woche in Washington**
- **USTR und Kongress beschäftigen sich weiter mit USMCA**
- **Prioritäten des US-Arbeitsministeriums**
- **Demokraten und Administration wollen bei Infrastruktur zusammenarbeiten**
- **US-Kongress droht mit Ausweitung der Russland-Sanktionen**
- **Cybersicherheit von IoT-Geräten**
- **Gesetzentwurf zum Pariser Abkommen**
- **SPOTLIGHT STEUERN: Einzelhändler und Restaurants befürworten Änderungen der Steuerreform**

Diese Woche in Washington

Präsident Trump lehnt Ausnahmen vom *Jones Act* weiterhin ab. Die Verordnung aus dem Jahr 1920 sieht vor, dass Güter zwischen US-Häfen nur von Schiffen unter US-Flagge transportiert werden dürfen. Unterstützern des Jones Act sicherte er zu, keine Sonderfreigaben für den Transport von Erdgas von US-Häfen nach Puerto Rico und an die Nordostküste zu erteilen.

Hochrangige Beamte der Europäischen Union und der USA werden kommende Woche in Washington zusammenkommen, um die Handelsgespräche zu lancieren. Dabei will man sich zunächst nur auf die regulatorische Zusammenarbeit konzentrieren, da weiterhin keine Übereinkunft besteht, ob der Landwirtschafts- und Automobilsektor in ein Abkommen mitaufgenommen werden soll.

Ted McKinney, Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, hat bekannt gegeben, dass die US-Administration derzeit sieben Länder für mögliche Freihandelsabkommen in Betracht zieht. Sein Ministerium sei beauftragt worden, entsprechende Analysen für den landwirtschaftlichen Bereich zu erstellen. Im Fokus stünden Länder, deren BIP und Kaufkraft auf Wachstumskurs seien. Hierunter fielen auch Länder Südostasiens und Afrikas, so McKinney.

OFAC hat einen [Rahmenplan](#) veröffentlicht, um US- und ausländischen Unternehmen einen Einblick in die wesentlichen Bestandteile eines Compliance-Programms zu geben. Das Dokument erklärt, wie OFAC diese Bestandteile bei der Beurteilung von Sanktionsverletzungen berücksichtigen kann. Laut der OFAC-Leiterin Andrea Gacki habe OFAC diesen Rahmenplan entwickelt, um die Einhaltung von Sanktionen zu verbessern. Das Dokument unterstreiche das Engagement von OFAC mit dem

Kurzmeldungen

Cybersicherheit von IoT-Geräten

Die Cybersicherheit des Internets der Dinge (IoT) wurde im Handelsausschuss des Senats thematisiert. Senator Dan Sullivan (R-AK) warnte vor den großen Herausforderungen, die die wachsende Anzahl der IoT-Geräte mit sich brächte. Im nächsten Jahr werde es über 50 Milliarden IoT-Geräte geben.

Sullivan bezeichnete China als größte ausländische Bedrohung für die (IoT-) Cybersicherheit. Obwohl viele Senatoren und Panelisten die Bemühungen des *National Institute of Standards and Technology* (NIST) um die Schaffung eines landesweiten

Privatsektor, um das Verständnis und die Einhaltung der Verpflichtungen im Bereich Sanktionen zu fördern. (cs/ch)

USTR und Kongress beschäftigen sich weiter mit USMCA

Am Montag hat sich der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer positiv zur Verabschiedung wichtiger Arbeitsmarktreformen durch den mexikanischen Kongress [geäußert](#). Die Reformen würden Mexikos Arbeitnehmerrechte stärken und zu verbesserten Arbeitsbedingungen führen, so Lighthizer. Die Reformen seien ein notwendiger Schritt für Mexiko, um die im USMCA-Text definierten Standards zu erreichen. Für die Demokraten im US-Kongress ist das Thema Arbeitnehmerrechte in Mexiko ein ausschlaggebender Punkt für ihre Zustimmung oder Ablehnung des USMCA. Die jetzt in Mexiko verabschiedeten Arbeitsmarktreformen wurden von den demokratischen Abgeordneten und Senatoren im US-Kongress grundsätzlich positiv aufgenommen. Bill Pascrell (D-NJ), Abgeordneter und Mitglied des *Ways and Means* Ausschusses im Repräsentantenhaus lobte die Verabschiedung, wies aber darauf hin, dass die Umsetzung und Durchsetzung der mexikanischen Reformen im Detail überprüft werden müssen.

Darüber hinaus hat der Vorsitzende des Finanzausschusses im Senat Chuck Grassley (R-IA) einen [Meinungsbeitrag](#) im *Wall Street Journal* veröffentlicht. Grassley äußerte deutliche Kritik an den *Section 232* Stahl- und Aluminiumzöllen auf Importe aus Kanada und Mexiko und warnte, dass der US-Kongress das USMCA-Abkommen nicht verabschieden werde, solange die Zölle in Kraft blieben. Sie stellten ein bedeutendes Hemmnis zur Verabschiedung des Abkommens in allen drei Ländern dar. (kw)

Prioritäten des US-Arbeitsministeriums

US-Arbeitsminister Alexander Acosta hat im Senat und Repräsentantenhaus die [Prioritäten](#) seines Ministeriums (DOL) für das kommende Jahr in entsprechenden Anhörungen vorgestellt. Das übergeordnete Ziel der Trump-Administration sei die Schaffung von gut bezahlten Arbeitsplätzen. Seit Januar 2017 hätte die US-Wirtschaft insgesamt 5,1 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, hiervon mehr als 3,2 Millionen nach der Steuerreform. Mittlerweile stiegen die durchschnittlichen Stundenlöhne um 3,3% (Haushaltsjahr 2018). Dies sei der größte Anstieg seit 2009. Seit 2017 hätten fast 500.000 neue Auszubildende die ersten Schritte in Richtung einer lebenslangen Karriere unternommen. Für den weiteren Ausbau von Ausbildungsprogrammen schlägt das DOL daher 160 Millionen US\$ vor. Die Abgeordnete Virginia Foxx (R-NC) begrüßte diesen Ansatz. Derzeit gäbe es mehr als 7 Millionen offene Stellen in den USA und viele blieben aufgrund des Fachkräftemangels unbesetzt, so Foxx.

Seitens der Demokraten wurde allerdings Kritik am neuen Haushaltsvorschlag der Trump-Administration laut, da unter anderem das Budget des DOL um 10% bzw. 1,2 Milliarden US\$ gekürzt werden soll. Zudem sei unklar, ob tatsächlich alle

Sicherheitsstandards lobten, gab es unter anderem Uneinigkeit darüber, wie Verbraucher über die Qualität der IoT-Gerätesicherheit informiert werden sollten. Senator Ed Markey (D-MA) bevorzugt eine Kennzeichnung auf den Geräten. Die *US Chamber of Commerce* lehnt diesen Ansatz ab, da die Sicherheit von IoT-Geräten aufgrund ihrer komplizierten und sich entwickelnden Art schwierig zu kennzeichnen und einzustufen sei. (ch)

Gesetzentwurf zum Pariser Abkommen

Das US-Repräsentantenhaus hat einen [Gesetzentwurf](#) zum Pariser Klima-Abkommen verabschiedet. Der Entwurf *Climate Action Now* sieht unter anderem vor, einen Austritt der USA aus dem Abkommen zu verbieten. Zudem wäre der US-Präsident verpflichtet, jährlich einen Plan zur Erreichung der Ziele des Abkommens vorzulegen. Eine Verabschiedung durch den mehrheitlich republikanisch geführten Senat gilt als unwahrscheinlich. (kw)

SPOTLIGHT STEUERN: Einzelhändler und Restaurants befürworten Änderungen der Steuerreform

Während der Steuerreformdebatte

Bürger von den starken Wirtschaftszahlen profitierten. Im Land sei eine zunehmende Ungleichheit festzustellen. Der Vorsitzende des Ausschusses für Ausbildung und Arbeit im Repräsentantenhaus [Bobby Scott \(D-VA\)](#) wies darauf hin, dass einer von neun Arbeitnehmern lediglich den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn erhalte. Mehr als vier von zehn US-Haushalten könnten sich eine unerwartete Arztrechnung in Höhe von 400 US\$ nicht leisten, insbesondere weil vier von fünf Arbeitnehmern keinen Spielraum zum Sparen hätten. Laut Scott solle das DOL seiner Pflicht nachkommen, die Bedürfnisse von Arbeitnehmern prioritär zu behandeln. (ch)

Demokraten und Administration wollen bei Infrastruktur zusammenarbeiten

Präsident Trump hat sich mit zwölf demokratischen Abgeordneten und Senatoren getroffen, um erneut über das Thema Infrastruktur zu sprechen. Der Minderheitenführer im Senat Chuck Schumer (D-NY) äußerte sich anschließend positiv zu den Ergebnissen. Man habe sich darauf geeinigt, zwei Billionen USD zu veranschlagen, um die Infrastruktur des Landes zu modernisieren und auszubauen. Die Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi (D-CA) bestätigte, dass das Infrastrukturpaket auch den Breitbandausbau beinhalten werde.

Die Frage nach der Finanzierung bleibt weiter offen. Schumer sagte, man werde sich hierzu erneut mit dem Präsidenten in drei Wochen treffen. Ein Finanzierungskonzept müsse vom Weißen Haus vorgeschlagen werden. Nur dann hätte ein großangelegtes Infrastrukturpaket Aussicht auf Zustimmung durch den Senat. Mehrausgaben durch Kürzungen in anderen Bereichen zu finanzieren werde aber keine demokratische Mehrheit finden, so Schumer.

Vor ihrem Treffen mit dem Präsidenten hatten Schumer und Pelosi in einem Brief ihre Vorstellungen eines Infrastrukturpakets skizziert. Neben der Verkehrs- müsse auch die Breitband-, Wasser- und Energieinfrastruktur in den Fokus gerückt werden. Mehrausgaben könnten nur durch neue Einnahmen finanziert werden. Damit bleibt die Finanzierung eines überparteilichen Infrastrukturpakets weiterhin der eigentliche Streitpunkt. Die Republikaner im Kongress lehnen Mehreinnahmen durch Steuererhöhungen ab. (cs)

US-Kongress droht mit Ausweitung der Russland-Sanktionen

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die USA planen eine Reihe neuer Russland-Sanktionen. Im Fall der russischen Öl- und Gasindustrie wären deutsche Wirtschaftsinteressen betroffen. Die Vereinigten Staaten greifen 2019 das Thema Russland-Sanktionen erneut und mit großer Vehemenz auf. Es bleibt abzuwarten, inwieweit Interessen deutscher Unternehmen, die mit russischen Kunden in Geschäftsbeziehungen stehen, dadurch betroffen werden. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#).

hatte der Kongress beabsichtigt, Einzelhändlern und Restaurants die Möglichkeit zu geben, die vollen Kosten von Renovierungsarbeiten sofort abzuschreiben. Jedoch hatten die Gesetzgeber einen Fehler bei der Erstellung des Gesetzestexts gemacht. Dadurch können Unternehmen derzeit lediglich 2,5% der Kosten im Jahr der Investition selbst und danach die verbleibenden 97,5% nur über die folgenden 38 Jahre abschreiben. Senatoren und Abgeordnete beider Parteien haben entsprechende Gesetzesentwürfe zur Korrektur dieses Fehlers vorgelegt.

Um diese Bemühungen zu unterstützen, hat eine Koalition von mehr als 800 Verbänden und Unternehmen die negativen Folgen des legislativen Fehlers in einem [Brief](#) dargestellt, einschließlich potenzieller Arbeitsplatzverluste, Verzögerungen bei Umbauprojekten für Geschäfte und Restaurants sowie rückläufige Umsätze bei Baumaterialien. (ch)





Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**[For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)**



